

Gemeindefusionen liegen im Trend

An einer nationalen Gemeindefusionstagung haben sich am 29. Oktober 2008 in Bern Vertreter der Kantone und der Gemeinden getroffen, um die Umsetzung und die Auswirkungen der Gemeindefusionen in der Schweiz zu diskutieren. Die Tagung war durch das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern unter dem Patronat des Schweizerischen Gemeindeverbandes organisiert worden.

Gemeindefusionen liegen in der Schweiz im Trend. Eine Erhebung bei allen Schweizer Kantonen zeige, dass sich aktuell 509 der 2706 Schweizer Gemeinden überlegen, mit einer Nachbargemeinde zu fusionieren, führte Tagungsleiter Reto Steiner von der Universität Bern vor den rund 130 Teilnehmenden aus. Solche konkreten Projekte gebe es anfangs Oktober 2008 in 15 Schweizer Kantonen. Sogar 16 Kantone messen Fusionen einen hohen Stellenwert bei und wollen hier auch aktiver tätig werden. Dieser Wert ist hoch, wenn man bedenkt, dass in den vergangenen 160 Jahren seit Gründung des Bundesstaates nur 15% der Gemeinden fusioniert haben.

Kantone fördern Gemeindefusionen vermehrt mit materiellen Anreizen. So sprechen 15 Kantone Finanzbeiträge, wenn Fusionen durchgeführt werden.

Die Regierungsvertreter zeigten sich vom Nutzen von Fusionen überzeugt. Die Luzerner Regierungsrätin Yvonne Schärli sieht bei den in ihrem Kanton bereits realisierten Fusionen Einsparungen, bessere Dienstleistungsqualität und eine vermehrte Fokussierung auf die strategische Entwicklung der Gemeinden. Der Aargauer Regierungsrat Kurt Wernli ist denn auch überzeugt, dass Kantone durchaus aktiv werden dürften, um Fusionen zu fördern. Deshalb habe der Kanton Aargau das umfassende Reformprojekt „Gemeindereform Aargau“ initiiert. Dem widersprach der Freiburger Finanzwissenschaftler Reiner Eichenberger, der Fusionen als falschen Ansatz sieht und mehr Wettbewerb zwischen den Gemeinden fordert. Man müsse den Markt der Politiker besser spielen lassen. Grösse allein bringe keine Vorteile. Es brauche vielmehr Innovationskraft der einzelnen Gemeinden.

Der Berner Forscher und Co-Tagungsleiter Daniel Kettiger forderte eine detaillierte Prüfung von Projekten, damit seriös beurteilt werden könne, ob Fusionen im Einzelfall tatsächlich Vorteile bieten. Er stützte sich dabei auf eigene Forschungsergebnisse der Universität Bern. Gemeinden müssten für solche Abklärungen nicht zwingend einen externen Experten beiziehen, sondern könnten diese Untersuchungen zu einem wesentlichen Teil selbstständig durchführen. Dies wurde durch die anwesenden Praktiker von der Gemeindeebene wie der Albliger (BE) Gemeindepräsidentin Regula Reinhardt unterstützt, die eine genaue Prüfung der Auswirkungen von Projekten und den zentralen Stellenwert der Kommunikation betonte. Man müsse die Argumente des Herzens, d. h. die Emotionen berücksichtigen, fasste Reto Steiner zusammen.

Ob Zwangsfusionen der richtige Weg seien, war nicht unbestritten. Verschiedentlich wurde aber argumentiert, dass beim Vorliegen klarer Vorteile einer Fusion Zwangsfusionen durch den Kanton durchaus in Betracht gezogen werden dürften.

Ulrich König, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes schloss die Tagung mit der Feststellung, dass starke Gemeinden eine Voraussetzung seien für das Wohlergehen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Fusionen könnten hier einen wichtigen Weg aufzeigen, Zwangsfusionen schloss König aber aus: „Projekte müssen von den Gemeinden her wachsen und partnerschaftlich mit den Kantonen angegangen werden“.

Medienmitteilung 30. Oktober 2008